

die den sozialistischen Grundwerten der Freiheit und Gleichheit folgen will, ohne die Errichtung der wesentlichen demokratischen Institutionen nur in Gang gesetzt oder auch erfolgreich zu Ende geführt werden kann. Im Falle der bloßen Inangasetzung der Wirtschaftsreform wäre u.E. eine „Pluralisierung“ (im Verständnis von B.) ausreichend. Eine konsequente Weiterführung des Reformprojektes, das sich auf den Lebensstandard der Menschen positiv auswirken sollte, bedarf jedoch einer auf institutionellen Garantien basierenden Demokratisierung. Dies war die Überzeugung der Prager Reformer der sechziger Jahre, die logisch begründet worden war, und die durch die jüngsten Entwicklungen in Ungarn (und in Polen) nur allzu deutlich bestätigt wurde. In einem gewissen Zusammenhang mit der implizit durchsickernden These der Autorin, der ökonomische Reformkurs könne auch längerfristig ohne weitreichende politische Reformen erfolgreich vorangebracht werden, steht auch die sinngemäße Aussage von B., die unter Novotný ausgebrochene politische Krise hätte nach der Ablösung des Parteichefs durch Dubček (Januar 1968) auch in den folgenden Monaten – wenngleich in anderen Formen – fortbestanden. Im Buch wird schließlich in Bezug auf den Prager Frühling die Auffassung vertreten, die Parteiführung sei nicht an der Spitze der Reformbewegung gestanden, habe sie sozusagen nicht im Griff gehabt. Die Überbewertung der sicherlich zu dieser Zeit bestehenden Konflikte und Spannungen innerhalb der KPTsch sowie der tschechoslowakischen Gesellschaft schlechthin verschleiert die eindeutig dominierende freiheitlich-demokratische Stoßrichtung, die in einmaliger Weise von einer kommunistischen Führung gemeinsam mit der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung anvisiert wurde (schade, daß die Vf.in neben den zahlreichen Quellen nicht auch auf die für den später als „illegal“ erklärten 14. Parteitag vorbereiteten programmatischen Materialien zurückgreift). Nur allzu verständlich ist, daß B. mit Gordon Skilling polemisiert, der in seiner tschechoslowakischen Zeitgeschichte (*Czechoslovakia's Interrupted Revolution*, Princeton, N.J. 1976) den Prager Frühling als „interrupted Revolution“ apostrophiert. Und es fügt sich in das von der Vf.in entworfene Bild über die ČSSR des Jahres 1968, daß angesichts der behaupteten „inneren Krise“ der gewaltsame Eingriff von außen gänzlich unterbelichtet bleibt.

Frankfurt a.M.

Jiří Kosta

**Karl-Otto Konow: Geschichte des Dorfes Lübz in Pommern.** (Schriften der J. G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V., Bd. 18.) Selbstverlag der J. G. Herder-Bibliothek Siegerland e. V. Siegen 1987. 214 S., 10 Abb.

In Orts- und Dorfgeschichten drückt sich das Leben derjenigen Bevölkerungskreise aus, die bis weit ins 19. Jh. die Mehrheit des Volkes ausgemacht haben. Dorfgemeinden haben spät und spärlich eigenes Verwaltungsschriftgut hervorgebracht, sie spiegeln sich vielmehr im Schriftgut anderer Einrichtungen, in landesherrlichem, in grundherrlichem, in kirchlichem Schriftgut (z.B. in den Kirchenbüchern), in privaten Aufzeichnungen etwa der Pfarrer usw. Es wird unter anderem mit der Quellenlage zu tun haben, wenn die Geschichtswissenschaft, auch die moderne, an „Unterschichten“ so interessierte Sozialgeschichte sich mit Vorliebe der Geschichte der Städte und der städtischen Unterschichten zuwendet. Mit besonderen Schwierigkeiten hatten und haben infolge von Quellenvernichtung und Einschränkung oder Versagung von Benutzungsmöglichkeiten diejenigen zu kämpfen, die über einen der in den – ja überwiegend ländlich geprägten – ostdeutschen Vertreibungsgebieten liegenden Orte oder Kreise ein mit einem geschichtlich-darstellenden Teil versehenes Heimatbuch verfassen wollten. Was man dennoch zu leisten vermochte – wenn auch in unterschiedlicher Güte –, davon zeugen die vielen vorliegenden ostdeutschen Heimatbücher, die als Bausteine einer deutschen Sozialgeschichte von der zünftigen Forschung erst zu entdecken wären.

Das pommersche Bauern- und Fischerdorf Lüzbin, dem Karl-Otto Konow jetzt eine Darstellung gewidmet hat, liegt 12 km nordöstlich von Stettin am Ostufer des Dammschen Sees. Zwei etwa gleich umfangreiche Teile, von denen der erste den dörflichen Verhältnissen im allgemeinen, der andere den kirchlichen Verhältnissen gewidmet ist, machen die eigentliche Darstellung aus; ihr folgen mehrere Anhänge sowie das knappe Schrifttumsverzeichnis. Die Quellen zu Lüzbin setzen um 1300 ein. Für die Vermutung, daß Lüzbin damals Sitz eines herzoglichen Vogtes gewesen sei, bieten die Urkunden wohl doch keine tragfähige Stütze. Die Annahme, der 500 m nördlich der Dorfstelle gelegene „Althof“ sei Nachfolger einer alten Burgwallanlage und zeige die Lage einer slawischen Siedlung an, hat dagegen viel für sich. Das deutsche Dorf Lüzbin ist von deutschen Siedlern in der zweiten Hälfte des 13. Jhs. angelegt worden, sicherlich sofort als Straßendorf und nicht – wie K. vermutet – zunächst als Hagensiedlung. Die Entwicklung des Dorfes im 14. und im 15. Jh. ist bei der gegenwärtigen Quellenlage nicht zu erhellen. Dies ist natürlich – beim Fehlen gedruckter Quellen – durch die oben angedeuteten Umstände bedingt. Sicher ist, daß das Stettiner Geschlecht der Wussow um 1500 in den Besitz des Dorfes gelangt ist. Schon vor dem Dreißigjährigen Kriege setzte die Bildung eines Gutes durch Einziehung wüster Bauernstellen ein. Außer dem Gut gab es noch zwei „adelige Höfe“, die jedoch dem herzoglichen Amt unterstanden. Lüzbin gehörte seit dem Frieden von St. Germain (1679) zum brandenburgischen Teil Pommerns. 1723 erwarb der Domänenfiskus das Dorf von Erdmann Jacob von Wussow. Die nun einsetzenden Versuche des königlichen Amtes, das Land der elf im Dorf lebenden Kossäten durch Auflassung des Gutes zu Vollbauernstellen aufzustoßen, endeten, als 1744 den drei Neffen des Verkäufers von 1723 die Gutsherrschaft auf Grund eines gerichtlichen Erkenntnisses wieder zugesprochen wurde. In den fünf Jahrzehnten der erneuten Wussowschen Gutsherrschaft wurde die Zahl der Feuerstellen in Lüzbin erheblich vermehrt. Der der Gutsherrschaft geschuldete Hofdienst bestand bei den Bauern vor allem in Hand- und Spanndiensten, bei den Büdnern in Waldarbeiten und Garnspinnen. Infolge der Allodifikation wurde das Gut zum Gegenstand der Spekulation und wechselte zwischen 1795 und 1805 viermal den Eigentümer. 1805 erwarb es August Heinrich von Borgstede, in dessen Familie es hundert Jahre blieb.

Nach der Bauernbefreiung wurde der Guts- und Gemeindebezirk Lüzbin gebildet. Das Gut war nun auf Landarbeiter angewiesen. Im Jahre 1867 wohnten auf dem Gute 26 Personen, das Dorf einschließlich mehrerer Ausbauten und Vorwerke hatte damals 1635 Einwohner (darunter 24 Katholiken und 10 Juden) und umfaßte 150 Wohnhäuser; die Kolonie Louisenthal hatte 458 Einwohner, von denen 237 Katholiken waren, deren Vorfahren aus Vorpommern gekommen und pfälzischer Herkunft waren, der Ausbau Jagenkamp zählte 100 Einwohner. In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erfolgte Schritt für Schritt die Umwandlung nahezu des gesamten Gutslandes in Bauernland. Die Einführung des Dampfbootverkehrs zwischen Stettin und Lüzbin hatte schon im 19. Jh. die berufliche Gliederung der Bewohnerschaft beeinflußt: Viele der Schiffer hatten sich eine neue Verdienstquelle suchen müssen, die in Stettin entstehenden Industriezweige, z. B. die Werften, boten für Pendlern nun neue Arbeitsmöglichkeiten. Das 20. Jh. brachte die Elektrifizierung des Dorfes, die die Überschwemmungsgefahr bannende Eindeichung des Ostufers des Dammschen Sees, welche ebenso wie die dadurch ermöglichten Meliorationen der Brüche durch staatliche Zuschüsse unterstützt wurde, sowie 1927 die Eingliederung des bis dahin selbständigen Gutsbezirks Louisenthal in die Gemeinde Lüzbin, die sich mit ihrer Umgebung mehr und mehr zu einem Ausflugsort für die Stettiner entwickelte. 1945 zählte der Ort etwa 1500 Einwohner.

Im 2. Teil schildert K. sehr ausführlich die kirchlichen Verhältnisse in nachreformatorischer Zeit, wobei die Ausstattung mit Kirchengewerten, die pfarrlichen Liegenschaften und Baulichkeiten, die Frage der Baulast sowie die Leistungen der Pfarrkinder und

die schulischen Verhältnisse im Vordergrund stehen. In Louisenthal gab es eine katholische Kirche (seit 1865) sowie eine katholische Schule.

Am 6. März 1945 flüchteten die meisten Lübziner vor der Roten Armee, die am 9. März den Ort einnahm, über den Dammschen See nach Stettin und von dort weiter nach Westen. Wer im Dorfe verblieb, wurde nach dem Osten verschleppt. Die wenigen, die eine Rückkehr versuchten, erfaßte bald die allgemeine Vertreibung.

Dem darstellenden Teil läßt K. mehrere Anhänge folgen, deren erster der Frage nachgeht, ob das in den Otto-Viten genannte „Liubin/Lubinum“, wo Bischof Otto eine Kirche gegründet hat, mit Lübzin identisch sei, und sie vorsichtig bejaht (die Auffassung, es sei Lebbin gemeint, hat m. E. trotz der beachtlichen Argumente K.s nach wie vor mehr für sich). Der zweite Anhang enthält eine Zusammenstellung der Lübziner Flurnamen, wobei K. sich vor allem auf die Erinnerung von Lübzinern und eigene Kenntnisse stützt. Der dritte Anhang bietet – dem Familienforscher willkommen – mehrere Einwohnerverzeichnisse, u. a. die Gemeindefliste nach dem Stande von 1939, sowie die Liste der Pastoren. Der vierte Anhang besteht aus acht tabellarischen Übersichten, welche die Aufteilung des Bodens auf die verschiedenen Besitzergruppen, die Entwicklung der Einwohner- und der Gebäudezahl, die Berufsgliederung u. dgl. vor Augen führen. Wiedergaben von Ausschnitten aus Karten – auch handgezeichneten – und von alten Fotos bilden den fünften Anhang und runden das wertvolle, unsere Kenntnisse von der pommerschen Sozialgeschichte bereichernde und vertiefende, flüchtig geschriebene Buch ab, dessen besondere Bedeutung darin liegt, daß es sich in ausgedehntem Maße auf Archivalien aus dem Stettiner Wojewodschaftsarchiv stützt.

Heidelberg

Rudolf Benl

**Ingrid Mittenzwei, Erika Herzfeld: Brandenburg-Preußen 1648 bis 1789.** Das Zeitalter des Absolutismus in Text und Bild. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1987. (Vom Verlag der Nation/DDR genehmigte Lizenzausgabe.) 441 S., zahlr. Abb. u. Taf. i. T.

Die vorliegende Veröffentlichung will „die Entwicklung Brandenburg-Preußens in die Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus sowie in die großen Zusammenhänge europäischer Geschichte einordnen“. Nur so bietet sich „die Chance, den preußischen Absolutismus nicht als Sonderfall zu behandeln, zugleich aber seine tatsächlichen Besonderheiten, vor allem seinen militaristischen Charakter klar herauszuarbeiten“. Hier zeigt sich, daß es den Vf.innen nicht um eine sachliche Wertung der Geschichte Brandenburg-Preußens, die nur in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen ist, geht, sondern daß sie einseitig Brandenburg-Preußen als militaristischen Staat skizzieren wollen. Daneben betonen sie ihre Absicht, „die im spätfeudalen Brandenburg-Preußen lebenden Klassen und Schichten, ihre Beziehungen zueinander und zum Staat, ihre Lebensverhältnisse und – soweit es sich um Bauern und Bürger handelt – ihre Kämpfe“ eingehend zu betrachten. Hier werden Grundsätze der marxistischen Geschichtsauffassung auf die Verhältnisse der frühen Neuzeit übertragen, die keine Klassen, sondern nur Stände kannte, die ihren festen Platz in der damaligen Gesellschaft hatten.

Das in drei Teile gegliederte Werk beginnt mit dem „Werden des absolutistischen Staates“ in Brandenburg-Preußen zur Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Zu dem Hinweis, daß nach dem Dreißigjährigen Krieg eine neue Epoche in der europäischen Geschichte begann, die „durch den weiteren Vormarsch der bürgerlichen Kräfte und das Nebeneinander zweier Gesellschaftsordnungen charakterisiert wurde“, ist zu ergänzen, daß sich das nur auf den wirtschaftlichen Bereich bezieht. Auf politischer Ebene verfestigte sich nach 1648 die fürstliche oder sonstige obrigkeitliche Zentralgewalt bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Stände. Von einer Machterweiterung des Bürgertums kann hier nicht die Rede sein. Dieser Prozeß begann erst mit der Französi-